

Autor: Kira Alex
Seite: 8
Ressort: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung

Jahrgang: 2021
Nummer: 171
Auflage: 8.849 (gedruckt)¹ 9.227 (verkauft)¹
 9.250 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,042 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 04/2021

² von PMG gewichtet 07/2020

„Warnsystem hat nicht voll funktioniert“

Katastrophen-Experte Julius Weitzdörfer sagt, wo Fehler gemacht wurden und was sich jetzt ändern muss

Kira Alex

Hagen Mit Katastrophen kennt sich Prof. Dr. Julius Weitzdörfer aus. Er forscht seit vielen Jahren zu diesem Thema und hat sich auf das Katastrophenmanagement in Japan spezialisiert. Seit Ende letzten Jahres lehrt er an der Fernuniversität Hagen. Wir sprechen mit ihm über das Jahrhundertunwetter und die Mängel des Katastrophenwarnsystems und er erklärt, was Deutschland noch von anderen Ländern lernen kann.

Extremwetterverhältnisse sind kein neues Phänomen. Es ist bekannt, dass sich solche Ereignisse durch den Klimawandel häufen werden. Hätten wir besser auf das Unwetter vorbereitet sein müssen?

Julius Weitzdörfer : Wir sind bei weitem nicht so gut vorbereitet gewesen, wie man das angesichts der Informationslage hätte erwarten können. Es gibt detaillierte Ratschläge und Empfehlungen vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz, wie man sich schützen kann. Aber diese Hinweise sind leider bei der Bevölkerung kaum bekannt. Zum anderen gibt es die institutionelle und politische Seite. Es ist kein Geheimnis, dass in Deutschland der Bevölkerungsschutz und die Katastrophenvorsorge seit Ende des Kalten Krieges vernachlässigt worden sind, gerade angesichts der Tatsache, dass die Risiken solcher Extremwetterereignisse steigen.

Gibt es konkrete Dinge, die hätten anders laufen müssen?

Das Warnsystem hat insgesamt und flächendeckend nicht voll funktioniert. Es scheint, die Informationen sind entweder nicht oder nicht rechtzeitig bei der Bevölkerung angekommen oder wurden nicht richtig verstanden. Dabei ist die Geschwindigkeit und Zuverlässigkeit dieser Systeme das allerwichtigste, wenn es um den Schutz von Menschen-

leben geht. Das haben auch Erfahrungen in meinem Forschungsgebiet, dem Risikomanagement in Japan, gezeigt.

Sollte sich Deutschland da an anderen Ländern orientieren?

Ich glaube, dass die Beispiele Japan und Israel für uns lehrreich sein können. In Israel ist die Vorbereitung der Bevölkerung auf einem weltweit einzigartigen Niveau. Da ist der Vorbereitungsgrad einfach besser und die Warnsysteme sind hochmodern. Auch in Japan gibt es Frühwarnsysteme, die sehr gut funktionieren. Daran muss sich auch Deutschland messen lassen.

Angenommen es wurden beim Katastrophenmanagement Fehler seitens des Staates oder der Behörden gemacht. Würden sich daraus rechtliche Konsequenzen ergeben?

Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich im Falle konkreten Versagens Fragen der Staatshaftung stellen könnten. Das gilt für Schäden, die zumutbar verhinderbar gewesen wären und bei denen es eine Schutzpflicht des Staates gegeben hätte, dies auch zu tun. Es lässt sich derzeit noch nicht beurteilen, inwieweit das in diesem Fall wahrscheinlich ist. Es ist aber ein globaler Trend, dass für Naturkatastrophen Menschen verantwortlich gemacht und zunehmend vor Gericht gezogen werden.

Viele Opfer stehen vor dem Nichts. Muss der Staat finanziell helfen?

Die Politik hat schnell großzügige und unbürokratische Hilfen versprochen. Es wird sicher Zahlungen geben, die über das normale staatliche Sicherungssystem hinausgehen. Hier stellt sich aber die Frage der Verteilung: Sollte man z.B. eine Kopfpauschale einführen oder sollte sich die Hilfe an der Höhe des Schadens bemessen? Das sind schwierige Gerechtigkeitsfragen.

Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock hatte von einem

„Klima-Anpassungsfonds“ gesprochen, der Menschen, die aufgrund klimabedingter Ereignisse geschädigt wurden, finanziell unterstützen soll...

Ein Klimafolgenfonds auf Bundesebene hat den Vorteil, dass er über die gestaffelten Steuersätze gerechter erhoben wird: Starke Schultern tragen mehr, weil sie mehr Steuern zahlen müssen. So würden auch Betroffene, die sich keine Versicherung leisten können, Zahlungen erhalten. Der Vorteil der Versicherung ist hingegen, dass die Beiträge risikogerecht erhoben werden – wer zum Beispiel direkt an einem Fluss wohnt, muss gegebenenfalls eine höhere Prämie zahlen. So wird belohnt, wer an einem „sichereren“ Ort wohnt. Außerdem haben hohe Prämien eine Signalfunktion: Achtung, vielleicht sollte ich hier doch nicht mein Haus bauen. Staatliche Fonds bieten wenig Anreize, das konkrete Risiko zu reduzieren.

Ist es aber nicht so, dass die Menschen, die in Risikogebieten wohnen, oft gar keine Elementarversicherung abschließen können?

Dass Versicherer einen Vertrag ablehnen, ist vielleicht bei einem Prozent so, in Gegenden, wo es in den letzten drei Jahren mehrfach Überflutungen gab. Das Problem ist eher die Frage, wie man sich dort die hohen Beiträge leisten können soll. Leider ist es häufig so, dass von Naturkatastrophen bedrohte Orte eher von Menschen bewohnt werden, die ärmer sind.

Auch in unserer Region wurden vor allem ärmere Menschen von der Katastrophe getroffen.

Das ist ein globales Phänomen, das ich auch in Japans Küstenregionen erforscht habe. Dafür gibt es leider keine einfache, einzelne Lösung. Teilweise ist auch die bittere Wahrheit: Es ist nicht mehr wirtschaftlich, an bestimmten Orten zu leben. Das ist ein Teufelskreis – wer

arm ist, kann sich keine teure Versicherung leisten und wird von Katastrophen umso schwerer getroffen. Deshalb gibt es auch gute Argumente für staatliche Hilfsfonds. Die würden jedoch langfristig sehr teuer werden, da sich solche Extremwetterereignisse häufen werden.

Wie handhaben andere Länder die finanzielle Krisenunterstützung?

Die meisten Staaten, die ein gut ausgebautes Versicherungssystem für Natur-

katastrophen haben, nutzen ein Hybrid-system zwischen staatlichen und privaten Lösungen. Das hat damit zu tun, dass die Schadensrisiken womöglich in naher Zukunft Dimensionen annehmen werden, die für Rückversicherer finanziell zu umfangreich, zu wenig gestreut oder zu schwer einzuschätzen sind. Daher tritt der Staat auf den Plan und übernimmt in letzter Instanz einen Teil der Haftung mit. So ist es auch in Japan.

So oder so wird eine Art der staatlichen Finanzierung erforderlich sein – sei es durch einen Fonds oder eine Pflichtversicherung, die dann durch den Staat mitgedeckt werden muss.

Von Naturkatastrophen bedrohte Orte werden häufig eher von ärmeren Menschen bewohnt.

Prof. Dr. Julius Weitzdörfer, Fernuni Hagen

Fotograf: FernUniversität Hagen / Zentrale, WP
Wörter: 845
Ort: Hagen